

Konsolidieren – Investieren – Entlasten

Orientierungspunkte der SPD für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands

Wenn Deutschland im härter werdenden internationalen Wettbewerb mithalten will, geht es nicht nur darum, möglichst niedrige Steuersätze vorweisen zu können. Viel wichtiger sind gut ausgebildete Menschen, vom Kindergarten bis zur Universität, gut ausgebaute Verkehrswege, öffentliche Sicherheit, eine leistungsfähige, bürgerfreundliche Verwaltung und ein vorsorgender Sozialstaat, der den Menschen soziale Sicherheit gibt. Nur unter diesen Rahmenbedingungen kann sich ein umweltschonendes, nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum entfalten. Nur so entsteht gute Arbeit, die uns in Deutschland einen hohen Lebensstandard sichert. Wir müssen deswegen an der Haushaltskonsolidierung festhalten, um größere Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu schaffen.

Für viele Menschen in Deutschland, insbesondere im mittleren und unteren Einkommensbereich, sind die Sozialabgaben ein weit größeres Problem als die Steuerbelastung. Wir wollen Sozialleistungen stärker über Steuern finanzieren, um Sozialabgaben absenken zu können, ohne dabei das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme zu reduzieren. Damit tragen wir dazu bei, dass auch forschungs- und arbeitsintensive Unternehmen in Deutschland wettbewerbsfähig bleiben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands legt hiermit Orientierungspunkte für ein integriertes, das heißt aufeinander abgestimmtes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands vor.

Bestandsaufnahme

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen!

Die Kohl-Regierung hat die Sozialabgaben von 35,9 % im Jahr 1989 auf 42,1 % im Jahr 1998 hochgetrieben. Die negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt waren überdeutlich. Durch die Reform des vergangenen Jahrzehnts und eine verstärkte Steuerfinanzierung liegt die Belastung mittlerweile wieder bei rund 39 %. Die positiven Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt sind unübersehbar.

Die Einkommensteuer ist unter der SPD-geführten Regierung Schröder in den Jahren 1998 bis 2005 mehrfach gesenkt worden. Der Eingangsteuersatz wurde von 25,9 % auf 15 %, der Spitzensteuersatz von 53 % auf 42 % gesenkt – das Entlastungsvolumen betrug 58,5 Mrd. Euro, von dem ein Großteil den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kam! Eine Familie mit zwei Kindern zahlt unter Berücksichtigung des Kindergelds bis zu einem Bruttoeinkommen von 37.610,- Euro heute im Ergebnis keine Einkommensteuern mehr. Das entspricht einem Einkommen von mehr als 3.000,- Euro Brutto monatlich. Die steuerliche Belastung eines ledigen, kinderlosen Durchschnittsverdieners ist von 18,7 % im Jahr 1998 auf 14,7 % im Jahr 2008 gesunken. Diese Entlastung hat aber bei den Menschen aufgrund der zurückhaltenden Lohnentwicklungen der letzten Jahre und erheblichen Preissteigerungen in elementaren Lebensbereichen wie Energie ihre volle Wirkung nicht entfalten können.

Für höchste Einkommen ab 250.000 Euro für Ledige und 500.000 Euro für Verheiratete wurde durch die sog. Reichensteuer der Spitzensteuersatz von 42 % auf 45 % erhöht. Denn für die SPD gilt: Jeder muss seiner Leistungsfähigkeit entsprechend zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen!

Deutschland hat heute 1,5 Millionen weniger Arbeitslose als vor drei Jahren sowie so viele Beschäftigte wie nie zuvor. Dies haben wir erreicht durch einen intelligenten Mix aus notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen, gezielten Konjunkturimpulsen, Zukunftsinvestitionen und der notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Deutschland hatte im Zeitraum von 2000 bis 2005 den geringsten Kostenanstieg im Gesundheitswesen aller OECD Staaten. Auch die Unternehmenssteuerreform hat die Standortattraktivität Deutschlands weiter erhöht. Die – für viele schmerzliche – Mehrwertsteuererhöhung war als Teil dieses Gesamtkonzeptes zur Sanierung der öffentlichen Haushalte unvermeidbar und hat den Spielraum für eine Senkung der Sozialabgaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung geschaffen.

Die Entwicklung zeigt: wir benötigen aufeinander abgestimmte Konzepte, und keine ein-dimensionalen Versprechungen – nicht nur bei der Steuer- und Abgabenpolitik!

Mehr Netto ohne mehr Brutto geht nur zulasten eines handlungsfähigen Staates. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Unser Leitbild: Der handlungsfähige Staat

Deutschland hat mit 22 % eine der niedrigsten Steuerquoten unter den Industrienationen. Eine noch geringere Steuerquote ist kein Wert an sich. Es besteht die Gefahr, dass sie zu Lasten eines Staates, der seine Aufgaben für die Menschen nicht mehr angemessen erfüllen kann, gehen würde. Und das kann sich ein soziales Deutschland nicht leisten. Denn der Staat braucht auf allen Ebenen angemessene Mittel, um seine Aufgaben für unser Gemeinwesen erfüllen zu können. Darüber hinaus werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber

auch Rentnerinnen und Rentner, die heute schon keine Steuern mehr zahlen, durch weitere Steuersenkungen nicht entlastet.

Der Bund hat die historische Chance, im Jahr 2011 zum ersten Mal seit 40 Jahren wieder einen Haushalt vorzulegen, der ohne neue Schulden auskommt. Die aufgehäuften Schulden von rund 1 Billion Euro allein beim Bund stellen allerdings eine schwere Hypothek für zukünftige Haushalte dar. Die durch eine vollständige Rückführung der Neuverschuldung bis zum Jahr 2011 entstehenden neuen finanzpolitischen Handlungsspielräume bleiben eng begrenzt. Diese Handlungsspielräume wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu aller erst für wichtige Zukunftsaufgaben nutzen. Neue finanzpolitische Gestaltungschancen werden wir nicht leichtfertig durch unseriöse, nicht finanzierbare Steuersenkungen aufs Spiel setzen. Unser Ziel ist es vielmehr, durch eine vernünftige Mischung von Maßnahmen sowohl die Belange des Einzelnen als auch die der Allgemeinheit zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich deshalb von den nachfolgenden Orientierungspunkten leiten lassen. Diese werden durch unser Wahlprogramm und die kontinuierliche Arbeit in den Gremien weiterentwickelt.

Unsere Ziele – Orientierungspunkte für ein zukunftsfähiges integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands

Vorrang für die Konsolidierung bis 2011!

In Deutschland besteht noch immer ein großer Bedarf, den öffentlichen Haushalt zu konsolidieren. Dieses Ziel hat für uns Vorrang. Nur wenn der Haushalt saniert ist, ist der Staat auch zukunftsfähig. Gerade die Menschen mit kleineren und mittleren Einkünften sind auf einen starken und handlungsfähigen Staat angewiesen. Denn sie brauchen die öffentlich bereitgestellten Leistungen wie Kindergärten, Schulen und Universitäten. Spitzenverdiener können gut mit einem schwachen und finanziell ausgebluteten Staat leben. Sie haben genug eigene Mittel, um ihren Kindern eine angemessene Ausbildung zu finanzieren.

Wir sind derzeit auf einem guten Weg, aber noch nicht am Ziel. Der ausgeglichene Bundeshaushalt im Jahr 2011 ist zu erreichen, doch dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht locker lassen. Diesem Ziel sind andere Forderungen unterzuordnen. Erst wenn der Staat wieder handlungsfähig ist, kann daran gedacht werden, den Bürgern die Abgabenlast zu erleichtern.

Die Haushaltskonsolidierung und ein Etat ohne Neuverschuldung haben Vorrang. Nur ein Staat, der wieder Spielräume erwirtschaftet, kann zugunsten der Menschen neue Chancen

schaffen. Wir werden diese Konsolidierungsdividende nutzen. Denn die nachfolgenden Generationen müssen schon die Altschulden der vergangenen Jahrzehnte bewältigen. Investitionen in Bildung, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und einen aktivierenden vorsorgenden Sozialstaat schaffen die Voraussetzungen für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben und mehr Generationengerechtigkeit. Das bedeutet: Mehr Netto für unsere Kinder!

Dies bedeutet zugleich, dass wir mit diesen Zukunftsausgaben auch einen Beitrag zur Verstärkung des wirtschaftlichen Wachstums leisten. Langfristiges Wachstum wiederum erleichtert den Rückgang der Schulden in Relation zum BIP (Rückführung der Schuldenstandsquote). Damit verringert sich die Last des Schuldenbergs.

Wir werden im Sommer sozialdemokratische Eckpunkte für die neue Schuldenregel vorstellen. Diese Regel wird auch beinhalten, dass der Staat auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähig bleibt und auch seine Zukunftsinvestitionen finanzieren kann. Populistischen Forderungen nach einem Verbot einer Neuverschuldung bei gleichzeitigem Einfordern unfinanzierter Steuersenkungen sind unverantwortlich.

Zukunftsinvestitionen fördern!

Der Wohlstand in Deutschland wird uns nicht geschenkt, sondern muss hart erarbeitet werden. Das Wirtschaftswachstum wird heutzutage entscheidend von der Qualität des Faktors Arbeit bestimmt. Da Deutschland ein an natürlichen Rohstoffen armes Land ist, müssen wir den uns derzeit noch gegebenen Vorteil, das hohe Ausbildungsniveau unserer Arbeitskräfte, sichern und ausbauen. Wir müssen mehr Geld in Zukunftsausgaben wie Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur investieren.

Auch die Förderung von Familien ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Noch ist die Förderkulisse nicht optimal. Es gibt zu wenig Betreuungsangebote, die knappen staatlichen Mittel dürfen nicht mit der Gießkanne verteilt werden. Wir werden daher den geltenden Familienleistungsausgleich auf den Prüfstand stellen, um mehr Mittel gezielt für Familien mit Kindern einzusetzen. Dabei werden wir auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kritisch hinterfragen, die uns zwingt, Eltern mit Spitzeneinkommen absolut stärker zu entlasten als Eltern mit geringerem Einkommen. Die im geltenden System vorgesehenen Kinderfreibeträge, die die CSU sogar noch erhöhen will, führen bei steigendem Einkommen zu einer höheren Entlastung. Jedes Kind ist uns gleich viel wert.

Entlastung durch niedrigere Sozialabgaben!

Wir wollen die Sozialabgabenbelastung insbesondere bei mittleren und niedrigen Einkommen senken, wodurch auch arbeitsintensive Unternehmen entlastet werden. Dies hat Priorität vor weiteren Steuersenkungen.

Sobald die Haushaltslage es zulässt, werden wir die durch das Wirtschaftswachstum entstehenden zusätzlichen Steuereinnahmen einsetzen, um neben mehr Zukunftsinvestitionen die Sozialversicherungsabgaben zu senken. Unser Ziel ist es, im Laufe des nächsten Jahrzehnts wieder unter 36 % zu kommen, ohne dabei das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme abzusenken.

Die Absenkung um einen Prozentpunkt bedeutet in heutigen Werten bei der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung etwa 10 Mrd. Euro, bei der Arbeitslosenversicherung etwas über 7 Mrd. Euro. Für eine Krankenschwester mit einem monatlichen Einkommen von 2.500 Euro bedeutet dies bei Erreichung des Ziels eine Entlastung von rund 600 Euro im Jahr. Während dies bei einer Krankenschwester eine Entlastung in Höhe von 10 % ihrer bisherigen Sozialabgaben bedeutet, würden Spitzenverdiener um weniger als 0,1 % davon profitieren.

Bereits in diesem Jahr werden wir Vorschläge zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger durch die steuerliche Absetzbarkeit der Beiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung vorlegen. Dabei werden wir darauf achten, dass hierbei insbesondere die Leistungsträger der Gesellschaft – also die Mittelschicht – profitieren, und nicht die ohnehin Wohlhabenden. Dasselbe gilt auch für die von uns für notwendig gehaltene Neuausrichtung des Familienleistungsausgleichs.

Wir halten an dem Ziel einer Bürgerversicherung für die Kranken- und Pflegeversicherung fest. Hierdurch werden alle Bürgerinnen und Bürger gleichmäßig und solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Wir erreichen damit eine angemessene und gerechte Belastung im Vergleich zur Gegenleistung.

Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verbessern!

Wir halten ohne Wenn und Aber an der Notwendigkeit einer gerechten Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften fest. Dies ist ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Der vorliegende Regierungsentwurf zur Reform der Erbschaftsteuer, der eine gerechtere Besteuerung durch eine realistische Bewertung des Grund- und Immobilienvermögens bei hohen Freibeträgen (500.000 Euro für Ehe-

gatten, 400.000 Euro für jedes Kind) vorsieht, entspricht den Zielsetzungen eines sozial ausgewogenen Steuersystems – das Erben von großen Vermögen ist keine eigene Leistung!

Wir wollen zudem, dass die sog. Reichensteuer nicht erst bei einem jährlichen Einkommen von 250.000 Euro für Alleinstehende bzw. 500.000 Euro für Verheiratete einsetzt, sondern bereits bei der Hälfte, nämlich bei 125.000 Euro bzw. 250.000 Euro. Auch eine Wiederbelebung der Vermögensteuer werden wir prüfen. Die so erzielten Steuermehreinnahmen sollen für Zukunftsinvestitionen und die Absenkung der Sozialabgaben eingesetzt werden.

Steuerrecht durchsetzen und vereinfachen!

Wir werden die Bekämpfung des kriminellen Steuer- und Umsatzsteuerbetruges durch weitere nationale Maßnahmen intensivieren. Jährlich gehen dem Fiskus allein bei der Umsatzsteuer mehr als 10 Milliarden Euro verloren. Zu den Maßnahmen gehören zielgenauere Informationspflichten der Unternehmen ebenso wie Verbesserungen und Verhinderung von Missbrauch beim Vorsteuerabzug und die Optimierung der Steuerfahndung. Die SPD hat im Bundestag gegen den Widerstand der Union bereits eine für die Aufdeckung der Betrügereien unverzichtbare Verbesserung der Telefonüberwachungsmöglichkeiten durchgesetzt.

Wir werden den erfolgreich eingeschlagenen Weg bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung fortsetzen und dafür werben, dass auch ein gesellschaftliches Umdenken erfolgt. Die Erfahrungen mit Liechtenstein bestätigen, dass Steuerhinterziehung in jeder Einkommensklasse vorkommt und ein im Vergleich zu 1998 um 11 Prozentpunkte bzw. um rund 20 % gesenkter Spitzensteuersatz hier offenbar wenig bewirkt.

Wir werden die Betriebsprüfungen stärken, um den staatlichen Steueranspruch konsequenter durchsetzen zu können und darauf hinwirken, dass die Einnahmeseite der Haushalte aller Gebietskörperschaften nicht durch weitere Personaleinsparungen gefährdet wird.

Wir werden das Steuerrecht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter vereinfachen. Nachdem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der von der SPD angestoßenen „Vereinfachten Steuererklärung“ bereits gute Erfahrungen gemacht haben, werden wir auch weitere Vorschläge unterbreiten, die den Aufwand der Betroffenen und der Finanzverwaltung auf ein Minimum reduziert.

Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir werden prüfen, ob es nicht Anreize geben kann für Bürger, die sich für vereinfachte Erklärungen entscheiden und beispielsweise pauschalierende Wege beschreiten.

Das Steuerrecht sollte keine Hemmnisse für die Arbeitsaufnahme von Frauen beinhalten.

Wenn alle ihre Steuern zeitnah, vollständig und stetig zahlen, ergeben sich auch neue Entlastungsspielräume!

Datengrundlage und Berechnungen zu den Orientierungspunkten der SPD für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands

Die Orientierungspunkte basieren auf einer umfassenden Analyse der heutigen Situation, aber auch der Wirkungen bereits beschlossener Maßnahmen. Diese Analyse ist eindeutig.

Situation der Öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Haushalte im Jahr 2005 waren in einer schwierigen Situation. Die Maastricht-Kriterien (Staatsdefizit, Schuldenstand) wurden seit Jahren nicht eingehalten. Ein hoher Anteil der Steuereinnahmen war allein durch die Verpflichtungen zur Zinszahlungen gebunden und stand somit nicht mehr für Zukunftsausgaben (Bildung, Infrastruktur, Kinder, Forschung- und Entwicklung) zur Verfügung.

Abb. 1: Herausforderung: Aufgetürmte Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes

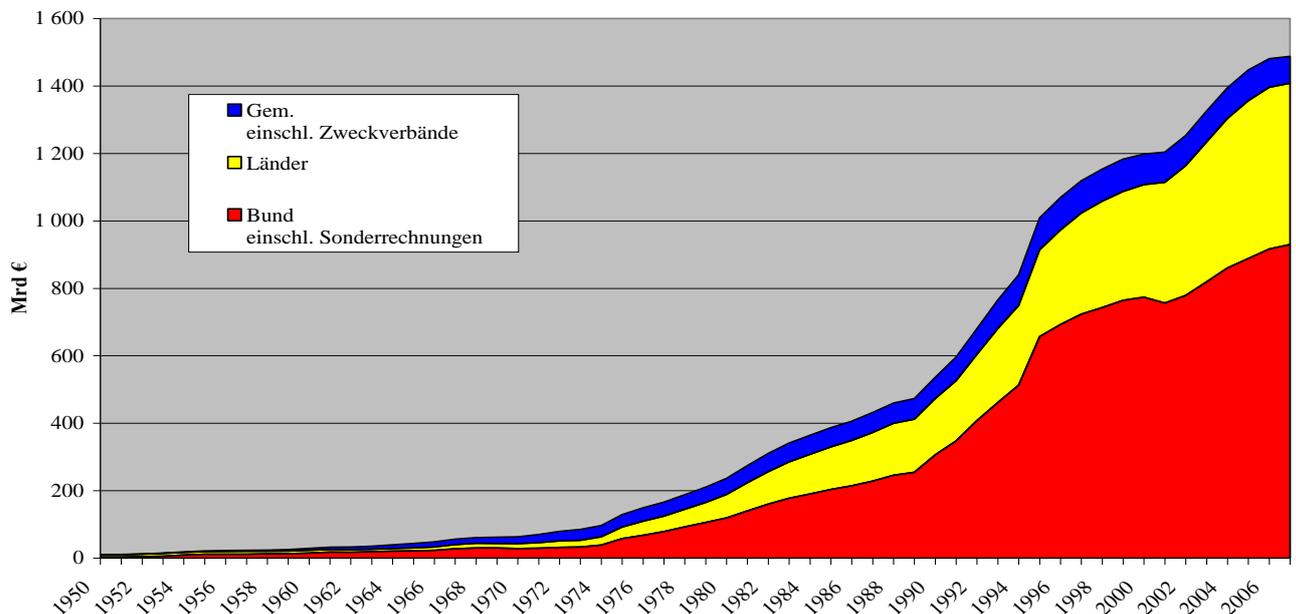


Abb. 2: Rechnung aus der Vergangenheit: Zinszahlungen des Bundesministerium der Finanzen

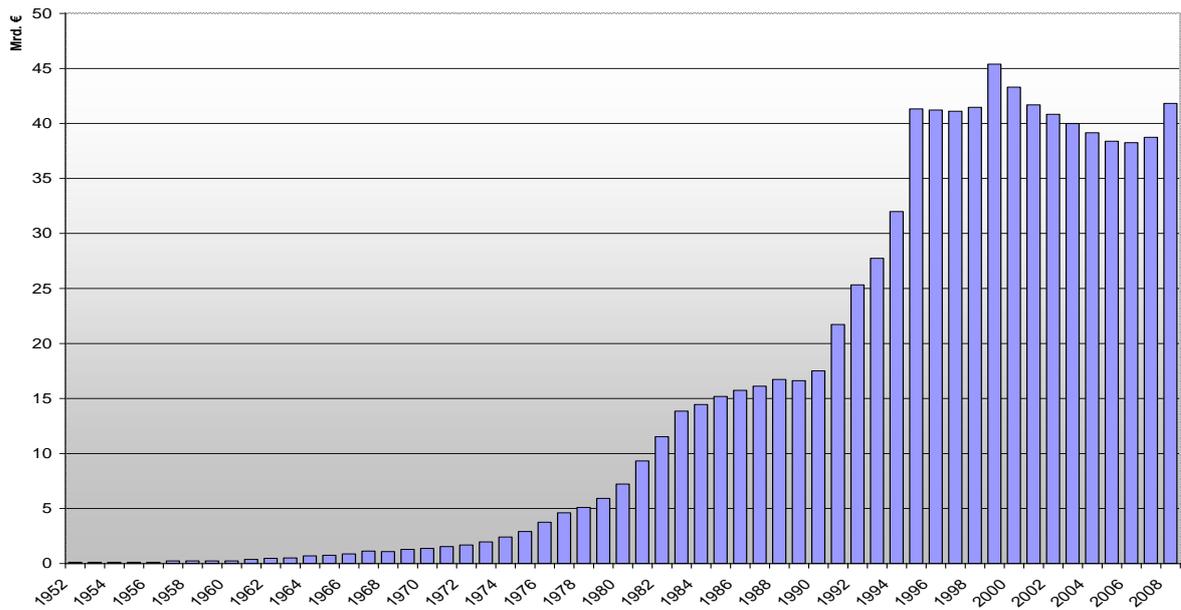
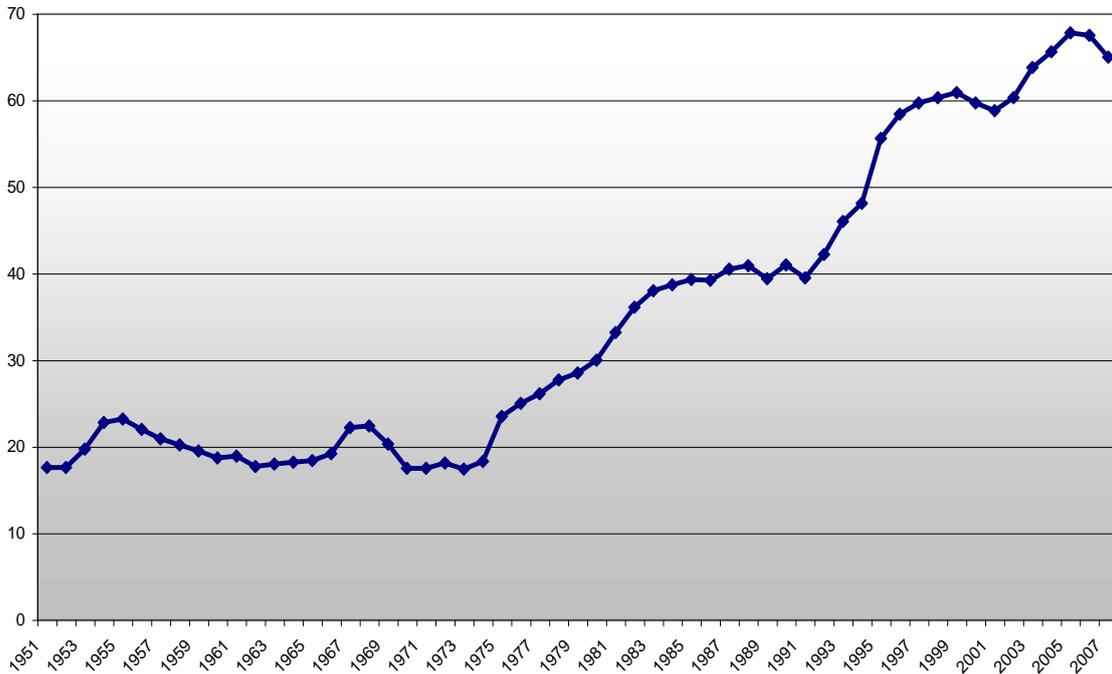


Abb. 3: Öffentlicher Gesamthaushalt – Schuldenstand in % des BIP



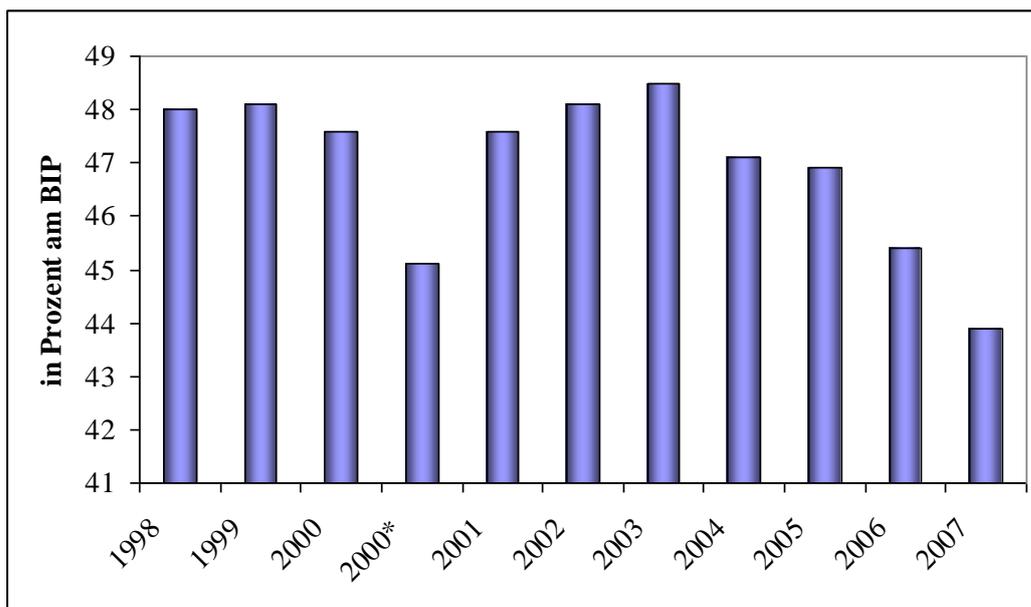
Erfolgreich konsolidieren für Deutschland

Die hohen Zinsverpflichtungen schränken die Handlungsfähigkeit des Bundes massiv ein. Aufgrund dieser Gefahr für die zukünftige Handlungsfähigkeit des Bundes ist eine konsequente Konsolidierungspolitik zwingend. Die Konsolidierung wurde sowohl ausgabeseitig als auch einnahmenseitig vorgenommen. Das ist nötig, um heute nicht die Handlungsspielräume unserer Kinder zu verbauen. Wir dürfen keinen Haushalt vererben, dessen größter Posten Zinsausgaben sind. Unser Ziel muss auch lauten: Mehr Netto für zukünftige Generationen.

Die Ausgabenseite hat bei der Konsolidierung eine bedeutende Rolle gespielt. Die Ausgaben des Bundes in Relation zum BIP sinken im Finanzplanungszeitraum zwischen 2005 und 2011 von 11,6 % auf 10,6 %. Erreicht wird dies durch eine strikte Deckelung der Ausgaben.

Symmetrisch mit den Bundesausgaben sank auch der Staatsanteil. Die staatlichen Aufgaben wurden auf den Kernbereich zurückgeführt. Deutschland hat inzwischen im internationalen Vergleich sogar einen niedrigeren Staatsanteil als das traditionell staatskritisch orientiert Großbritannien. Diesen Kernstaat gilt es solide zu finanzieren.

Abb 5: Entwicklung der Staatsquote



* Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

Es gilt, die öffentlichen Aufgaben, auf die das Gemeinwesen angewiesen ist, solide zu finanzieren. Die strukturelle Unterfinanzierung ließ sich aber nicht allein durch Ausgabenbegrenzungen beheben. Es fehlte an zuverlässigen Mehreinnahmen. Deshalb haben wir auf der Einnahmenseite z.B. den Abbau von Steuervergünstigungen und die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes vorgenommen. Auch mit diesen Mehreinnahmen konnte 2007 der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung unter die Zielmarke von 40 % des sozialversicherungspflichtigen Einkommens gesenkt werden.

Gibt es Entlastungsspielraum nach der jüngsten Steuerschätzung?

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2008 ergeben sich für den Bund gegenüber dem geltenden Finanzplan im Zeitraum von 2008 bis 2011 nach gegenwärtiger Einschätzung Mehreinnahmen von insgesamt etwa 10 Mrd. €. In diese Berechnungen noch nicht eingegangen ist die Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils zur steuerlichen Abziehbarkeit von Beiträgen für die Kranken- und Pflegeversicherung. Hierdurch reduzieren sich die Einnahmen des Bundes c.p. um jährlich mehr als 5 Mrd. €.

Gleichzeitig wurde seit dem vergangenen Jahr eine Reihe von ausgabenwirksamen Entscheidungen getroffen, die im geltenden Finanzplan noch nicht berücksichtigt sind. Stichworte sind z.B. die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst, die Aussetzung des Riester-Faktors, die Erhöhung des Kinderzuschlags, die Modernisierung der Flugbereitschaft und die Einführung eines einheitlichen Digitalfunks der Polizei. Insgesamt belaufen sich die ausgabeseitigen Mehrbelastungen nach gegenwärtiger Einschätzung auf etwa 10 Mrd. €.

Die vorgenannten Mehrbelastungen summieren sich somit auf mindestens 15 Mrd. €. Dies berücksichtigt noch nicht die möglicherweise notwendige Anhebung des Kinderfreibetrages. Ob dies nötig sein wird, wird der Existenzminimumbericht im Herbst zeigen.

Wer angesichts dieser Situation Spielräume von mehr als 90 Mrd. € sieht, verweigert den Blick auf die Realität. Zum einen ergibt sich eine derart hohe Summe nur aus der Addition von Steuer Mehreinnahmen gegenüber der bisherigen Schätzung über einen mehrjährigen Zeitraum, steht also nicht jährlich wiederkehrend zur Verfügung – wie das für Steuersenkungen erforderlich wäre. Zum anderen sind dabei Ausgabenzuwächse, die die Koalition gemeinsam beschlossen hat, nicht berücksichtigt.

Aus alledem folgt, dass für Steuersenkungsideen in der Größenordnung von 28 Mrd. € in den öffentlichen Haushalten kein Raum vorhanden ist, ohne gegen die haushaltspolitische Zielsetzung eines ohne Neuverschuldung ausgeglichenen Haushalts in 2011 zu verstoßen. Nach 2011 werde sich als Folge unserer Politik Handlungsspielräume ergeben, die wir nutzen werden für Zukunftsinvestitionen und zur Erreichung unseres Zieles, die Sozialabgaben wieder unter 36 % zu senken, ohne das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme zu reduzieren.

Zukunftsinvestitionen

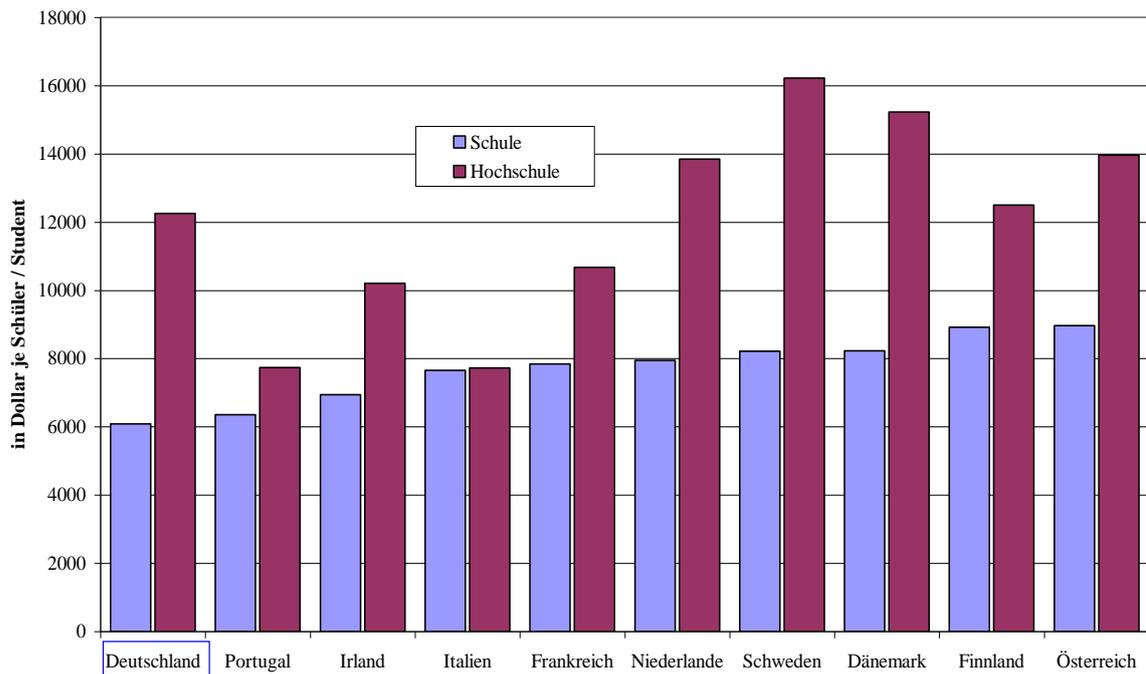
Wir wollen die anstehenden Zukunftsinvestitionen in unserem Land erfolgreich weiter voranbringen. Wir müssen in die Köpfe unserer Kinder investieren.

Wir haben die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung 2008 um 10 % erhöht und halten an dem Ziel fest, 3 % des BIP hierfür bereitzustellen. Dies haben wir auch auf EU-Ebene zugesagt, es ist Bestandteil der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum. Wir müssen in eine

Infrastruktur investieren, die weiteres Wirtschaftswachstum ermöglicht und auch den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht wird. Wir müssen uns den Herausforderungen des Klimawandels stellen.

Im internationalen Vergleich sind wir nicht mehr Spitze bei der Bildung. Viele andere Staaten haben aufgeholt und uns auch überholt. Gerade im Bereich der Schulen, dort, wo mit ein Grundstein der Bildung gelegt wird, ist Deutschland sehr schlecht positioniert. Bei den Hochschulen stehen wir etwas besser dar, aber auch dort besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Ausgaben für Schulen und Hochschulen im internationalen Vergleich (2005)



Nur wenn wir diese Herausforderungen meistern, wird unser Land weiterhin die Leistungsstärke haben, die uns die letzten Jahrzehnte international so ausgezeichnet hat. Und diese Leistungsstärke ist unabdingbare Voraussetzung, wollen wir den Standard eines gerechten Sozialstaates halten und weiterentwickeln.

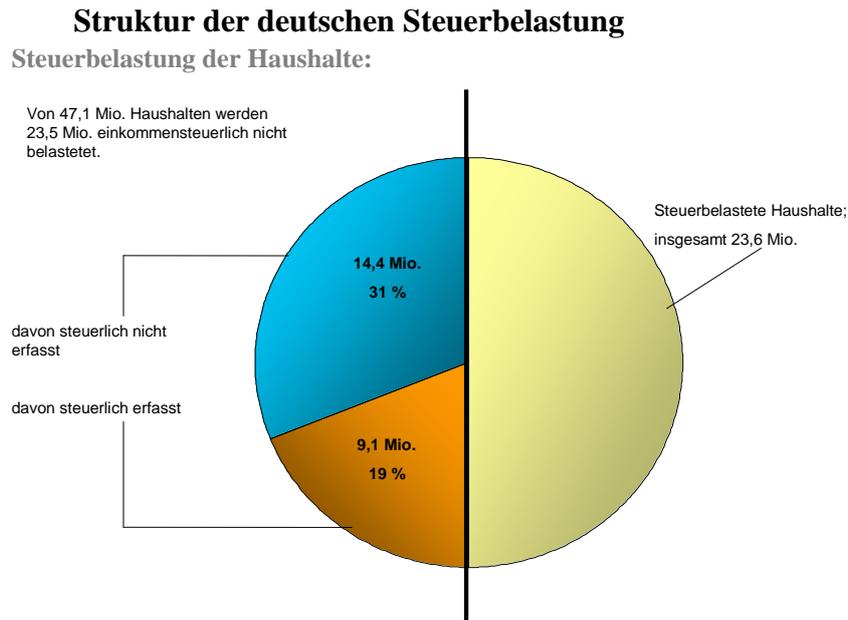
Auch staatliche Leistungen für Familien sind Zukunftsinvestitionen. Die SPD ist die Partei, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent verwirklicht und dabei das Augenmaß für die soziale Lage der Familien bewahrt.

In den letzten Jahren ist die Geburtenrate in Deutschland signifikant angestiegen. Dies liegt maßgeblich auch an dem gestiegenen Zukunftsvertrauen der jungen Menschen. Weil es unserer wachsenden Wirtschaft gelungen ist, immer mehr neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist auch der Optimismus in die Familien zurückgekehrt.

Was wurde bereits erreicht?

Im Rahmen der Steuerreform 2000 wurde die Einkommensteuerbelastung merklich verringert. Die Maßnahmen führten zu deutlichen Steuersatzsenkungen sowohl beim Spitzen- als auch beim Eingansteuersatz. Diese Maßnahmen haben in ihrer Gesamtheit dazu geführt, dass aktuell nur rund 50 % der Haushalte in Deutschland überhaupt Einkommensteuer zahlen.

Abb. 6



Die Steuer- und Abgabenbelastung eines ledigen Durchschnittsverdieners ohne Kinder ist in den letzten 10 Jahren um 5,5 Prozentpunkte gesunken. Obwohl der Jahresarbeitslohn des Ledigen von 1998 bis 2008 um 3.107 € (+12,6 %) gestiegen ist, sank seine Einkommensteuerschuld um 526 € (-11,4 %). Im gleichen Zeitraum sind aber seine Sozialversicherungsbeiträge um 218 € gestiegen. Während 1998 dem ledigen Durchschnittsverdiener nur 60,2 % an Verfügbarem Einkommen verblieb, stehen ihm 2008 vom Jahresarbeitslohn 65,7 % zur Verfügung (siehe Anlagen 1 und 2).

Die Belastung einer durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern mit direkten Steuern ist zwischen 1998 und 2007 drastisch gesunken. 1998 hat diese Familie bei einem Jahresarbeitslohn von 24.704 € Lohnsteuer von 1.606 € gezahlt. Im Jahr 2008 waren es bei einem Arbeitslohn von 27.811 € nur noch 1.006 €. Berücksichtigt man das Kindergeld und die Sozialabgaben, zeigt sich ein Anstieg des verfügbaren Einkommens im Verhältnis zum Jahresbruttoarbeitslohn von 83,3 % (1998) auf 90,2 % (2008) (siehe Anlagen 1 und 2).

In der Öffentlichkeit entsteht oft Verwirrung, weil Steuerlast und Steuersatz nicht identisch sind. Der Einkommensteuertarif wird in der Regel so dargestellt, dass einem Einkommen der Prozentsatz zugeordnet wird, der auf zusätzlich verdientes Einkommen zu zahlen ist. Über die

Steuerlast sagt das aber nur wenig. Bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von rund 4.000 € und 13 Monatsgehältern wird zwar bereits ein Steuersatz von 42 % für zusätzlich verdientes Einkommen erreicht, die Steuerlast, also die Steuerschuld bezogen auf das Einkommen beträgt aber lediglich 23,5 %. Und auch wer jährlich 200.000 € zu versteuern hat zahlt natürlich nicht 42 % davon als Einkommensteuer sondern nur 37,1 %.

Schon heute zahlt eine Familie mit zwei Kindern unter Berücksichtigung des Kindergeldes bis zu 37.610 € Familieneinkommen im Ergebnis keine Einkommensteuer, wohl aber ca. 7.300 € Sozialversicherungsabgaben. Damit wird auch klar, wo der Mehrzahl der Familien der Schuh drückt: Die Sozialversicherungsabgaben sind hier die stärkste Belastungsgröße.

Wer es einfach macht, wird belohnt – Steuervereinfachung für die Menschen

Es ist nicht einfach, die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Menschen zu ermitteln. Aber gerade an der Leistungsfähigkeit soll sich die Besteuerung ausrichten. Es gibt somit einen gewissen Zielkonflikt zwischen individueller Gerechtigkeit der Besteuerung und Steuervereinfachung. Zudem verlangen alle Beteiligten zu Recht verlässliche Rahmenbedingungen. Wir haben deshalb ein umfangreiches Steuerrecht, das viele Sachverhalte regelt, und eben nicht jede Entscheidung den Gerichten überlässt.

Ziel der Bundesregierung bleibt es aber, Arbeitnehmern die Steuererklärung möglichst einfach zu machen. Das gelingt beispielsweise mit dem verkürzten, zweiseitigen Erklärungsformular, sowie durch die Abgeltungsteuer. Durch die ab 2009 geltende Abgeltungsteuer besteht keine Notwendigkeit mehr, sich um die Deklaration inländischer Kapitaleinkommen zu kümmern, dies läuft automatisch ab. Somit müssen Arbeitnehmer - und die stellen die Masse der Steuerpflichtigen - keine Steuererklärung mehr abgeben, wenn sie allein Lohn- und Kapitaleinkommen erhalten.

Kalte Progression – ein Problem, das man nicht überschätzen sollte

Im Vergleich des Jahres 2008 gegenüber 2005 sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 23 Mrd. € gestiegen, davon um 15 Mrd. € aufgrund der Erholung am Arbeitsmarkt und Lohnsteigerungen sowie um 8 Mrd. € aufgrund „kalter Progression“. Letzteres wären 2,6 Mrd. € pro Jahr und entsprechen im Jahr 2008 rund 1,8 % des Lohnsteueraufkommens bzw. 1,50 € für den alleinverdienenden Durchschnittsverdiener im Monat.

In den Jahren davor haben die Tarifsenkungen in 2001, 2004 und 2005 den Effekten der „kalten Progression“ entgegengewirkt.

Ein „automatisierter“ Ausgleich der kalten Progression würde in Kombination mit einer – folgerichtigen - Indexierung der Ausgabenseite bzw. der Sozialleistungen deutliche Inflationsgefahren beinhalten. Das kann niemand wollen. Im Kern zielt die Diskussion der kalten Progression nicht auf eine Entlastung der Bürger sondern eine Schwächung des Staates, dem Einnahmen entzogen werden sollen.

Wie ist das Verhältnis von Einkommensteuerlast zu den Sozialversicherungsabgaben?

Bis zu einem Jahresbruttolohn von 40.000 € sind bei Ledigen die Sozialabgaben immer höher als die Steuerbelastung. Bei Ehegatten liegt die Grenze sogar über 60.000 € (Anlage 3).

Insbesondere für diejenigen, die über mittlere und geringe Einkommen verfügen, ist der Anteil der Sozialversicherungsabgaben zum Teil deutlich höher als die zu zahlende Steuer.. Gerade die Bezieher kleiner Einkommen werden daher durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge stärker entlastet als von Steuersenkungen, die eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern gar nicht erreichen. Zwar hat die erfolgreiche Politik der letzten Jahre bereits zu einer Senkung der Abgabenbelastung beigetragen, auch weil die Belastung eines Durchschnittsverdieners mit Sozialabgaben bereits von 21,1 % in 2006 auf 19,5 % in 2008 gesunken ist. Gegenüber einer Einkommensteuerbelastung von 3,6 % ist die Last der Sozialversicherungsbeiträge aber weiterhin drastisch höher.

Die alleinstehende Verkäuferin mit 20.000 € Jahresbrutto zahlt mehr als 3.900 € Sozialabgaben und rund 2.000 € Steuern im Jahr. Der verheiratete technische Zeichner mit 35.000 € Jahresbruttoverdienst zahlt knapp 6.900 € an Sozialabgaben, während die Steuerlast nur 3.114 € ausmacht. Ganz anders die Lage eines Einkommensmillionärs: Einer Steuerlast von 43,3 % steht eine Sozialabgabenlast von nur 1,1 % gegenüber.

Anlage 1

Verfügbares Einkommen von Arbeitnehmern mit Durchschnittseinkommen in den Jahren 1998 bis 2008

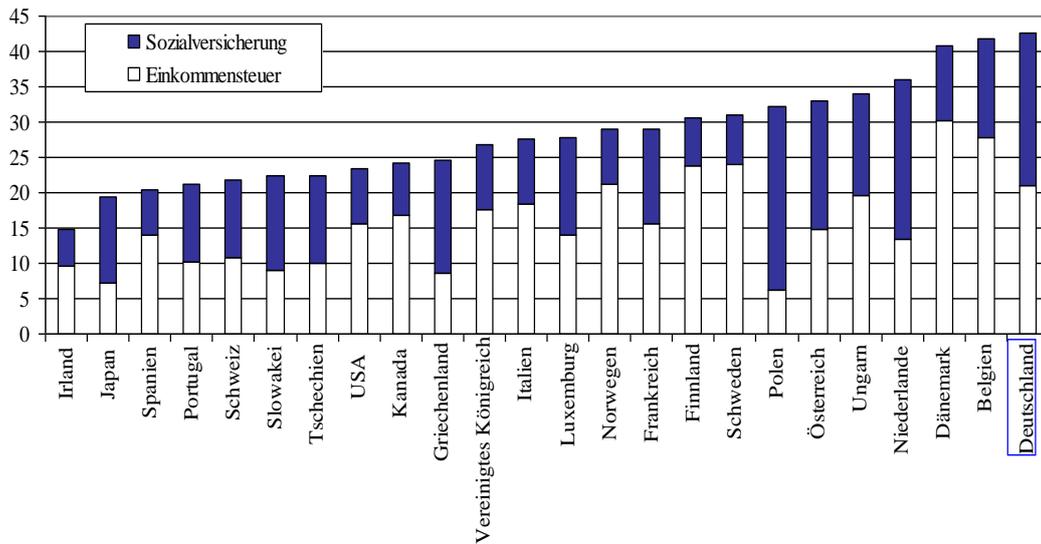
Ledige Arbeitnehmer, ohne Kinder, unter 50 Jahren (Steuerklasse I/0)													
Jahr	Jahres- arbeitslohn	Lohn- steuer		Solidaritäts- zuschlag		Steuer insgesamt		Sozialabgaben insgesamt²⁾ (Arbeitn.anteil)		Abgaben insgesamt		verfügbares Einkommen	
	€	€	v.H. ¹⁾	€	v.H. ¹⁾	€	v.H. ¹⁾	€	v.H. ¹⁾	€	v.H. ¹⁾	€	v.H. ¹⁾
1998	24.704	4.387	17,8	241	1,0	4.628	18,7	5.212	21,1	9.840	39,8	14.864	60,2
1999	25.079	4.421	17,6	243	1,0	4.664	18,6	5.216	20,8	9.880	39,4	15.199	60,6
2000	25.479	4.332	17,0	238	0,9	4.570	17,9	5.249	20,6	9.819	38,5	15.660	61,5
2001	25.959	4.097	15,8	225	0,9	4.322	16,6	5.335	20,6	9.657	37,2	16.302	62,8
2002	25.911	4.083	15,8	225	0,9	4.308	16,6	5.351	20,7	9.659	37,3	16.252	62,7
2003	26.214	4.182	16,0	230	0,9	4.412	16,8	5.518	21,0	9.930	37,9	16.284	62,1
2004	26.332	3.874	14,7	213	0,8	4.087	15,5	5.543	21,1	9.630	36,6	16.702	63,4
2005	26.425	3.819	14,5	210	0,8	4.029	15,2	5.563	21,1	9.592	36,3	16.833	63,7
2006	26.536	3.821	14,4	210	0,8	4.031	15,2	5.586	21,1	9.617	36,2	16.919	63,8
2007	27.161	3.831	14,1	211	0,8	4.042	14,9	5.366	19,8	9.408	34,6	17.753	65,4
2008	27.811	3.888	14,0	214	0,8	4.102	14,7	5.429	19,5	9.531	34,3	18.280	65,7

Verheiratete Arbeitnehmer, mit 2 Kindern, Alleinverdiener (Steuerklasse III/2)

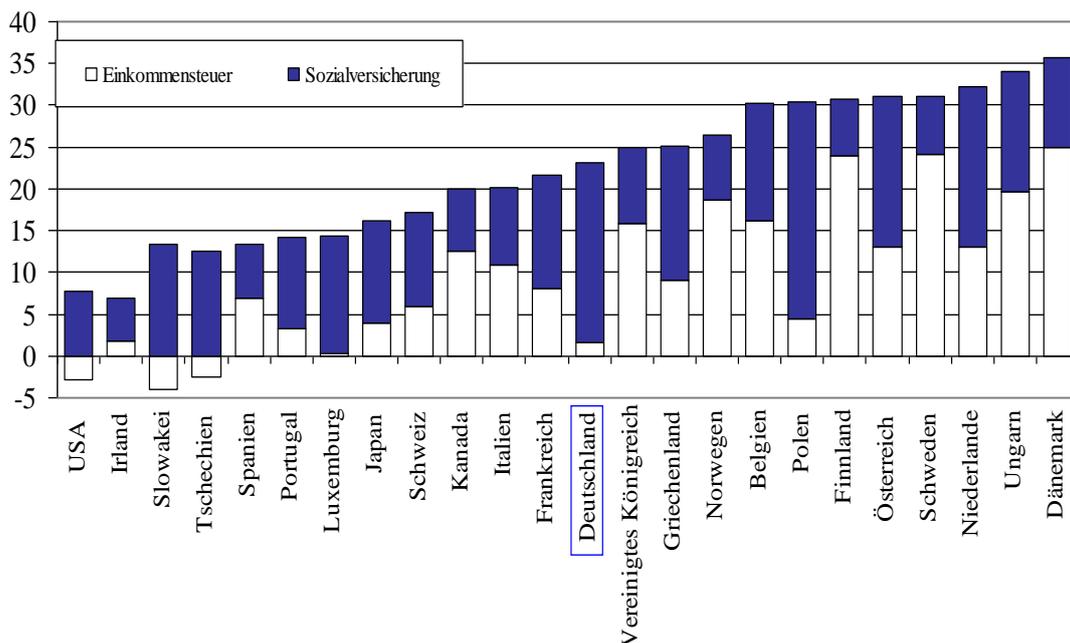
Jahr	Jahres- arbeits- lohn	Lohn- steuer		Solidarität s- zuschlag		Steuer insgesamt		Sozialabgaben insgesamt ²⁾ (Arbeitn.anteil)		Abgaben insgesamt		Kinder- geld	verfügbares Einkommen	
	€	€	v.H. ¹⁾	€	v.H. ¹⁾	€	v.H. ¹⁾	€	v.H. ¹⁾	€	v.H. ¹⁾	€	€	v.H. ¹⁾
1998	24.704	1.606	6,5	0	0,0	1.606	6,5	5.212	21,1	6.818	27,6	2.700	20.586	83,3
1999	25.079	1.478	5,9	0	0,0	1.478	5,9	5.216	20,8	6.694	26,7	3.068	21.453	85,5
2000	25.479	1.382	5,4	0	0,0	1.382	5,4	5.249	20,6	6.631	26,0	3.313	22.161	87,0
2001	25.959	1.216	4,7	0	0,0	1.216	4,7	5.335	20,6	6.551	25,2	3.313	22.721	87,5
2002	25.911	1.206	4,7	0	0,0	1.206	4,7	5.351	20,7	6.557	25,3	3.696	23.050	89,0
2003	26.214	1.274	4,9	0	0,0	1.274	4,9	5.518	21,0	6.792	25,9	3.696	23.118	88,2
2004	26.332	914	3,5	0	0,0	914	3,5	5.543	21,1	6.457	24,5	3.696	23.571	89,5
2005	26.425	894	3,4	0	0,0	894	3,4	5.563	21,1	6.457	24,4	3.696	23.664	89,6
2006	26.536	914	3,4	0	0,0	914	3,4	5.586	21,1	6.500	24,5	3.696	23.732	89,4
2007	27.161	946	3,5	0	0,0	946	3,5	5.366	19,8	6.312	23,2	3.696	24.545	90,4
2008	27.811	1.006	3,6	0	0,0	1.006	3,6	5.429	19,5	6.435	23,1	3.696	25.072	90,2

Anlage 2

Anteile von Einkommensteuer und Sozialversicherung an der Gesamtbelastung (Ledig, kein Kind, Durchschnittseinkommen)

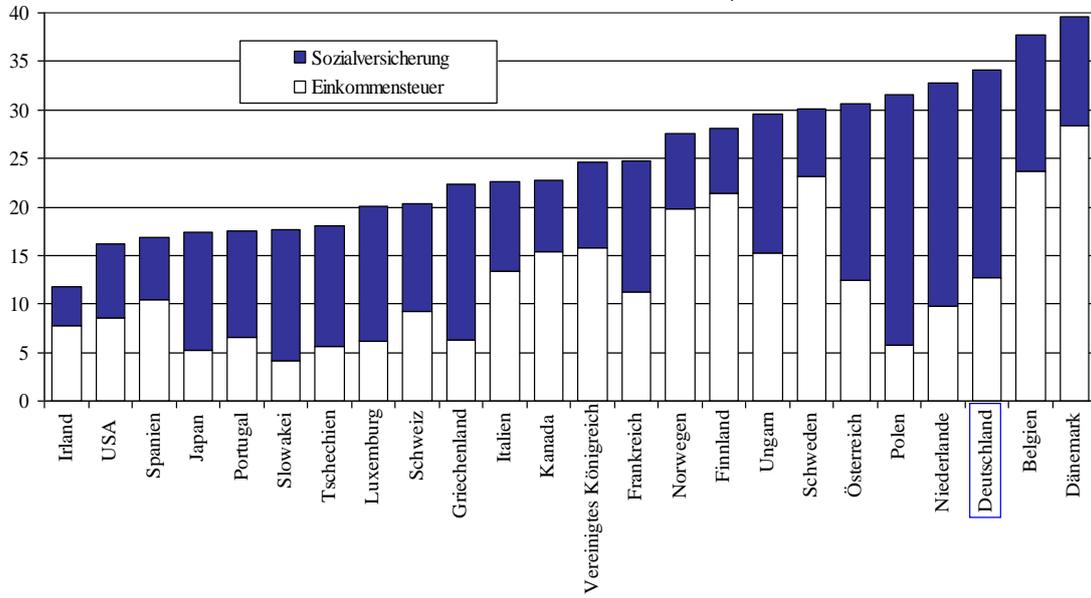


Anteile von Einkommensteuer und Sozialversicherung an der Gesamtbelastung (Verheiratet, 2 Kinder, Alleinverdiener, Durchschnittseinkommen)



Anteile von Einkommensteuer und Sozialversicherung an der Gesamtbelastung

(Verheiratet, 2 Kinder, zwei Verdienere, 100% + 67 % des Durchschnittseinkommens)



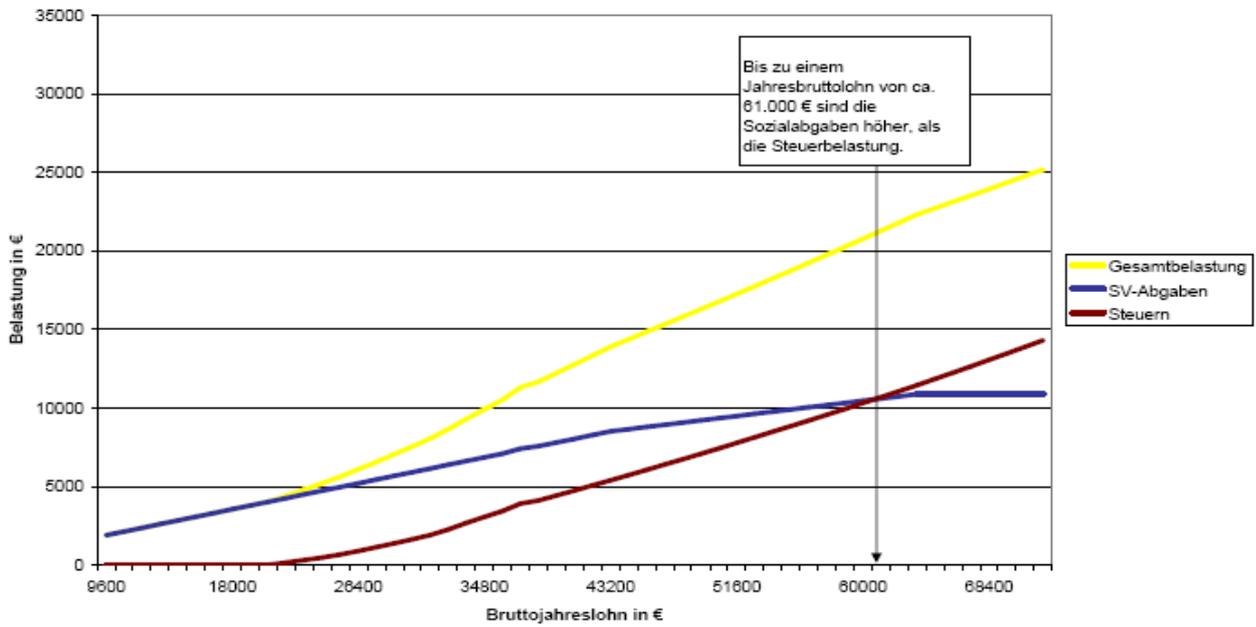
Anlage 3

Referat I A 5

16. Mai 2008

Grafik 4

Belastung mit Steuern und Sozialabgaben bei Ehegatten (Alleinverdiener Stkl. III/0) in 2008

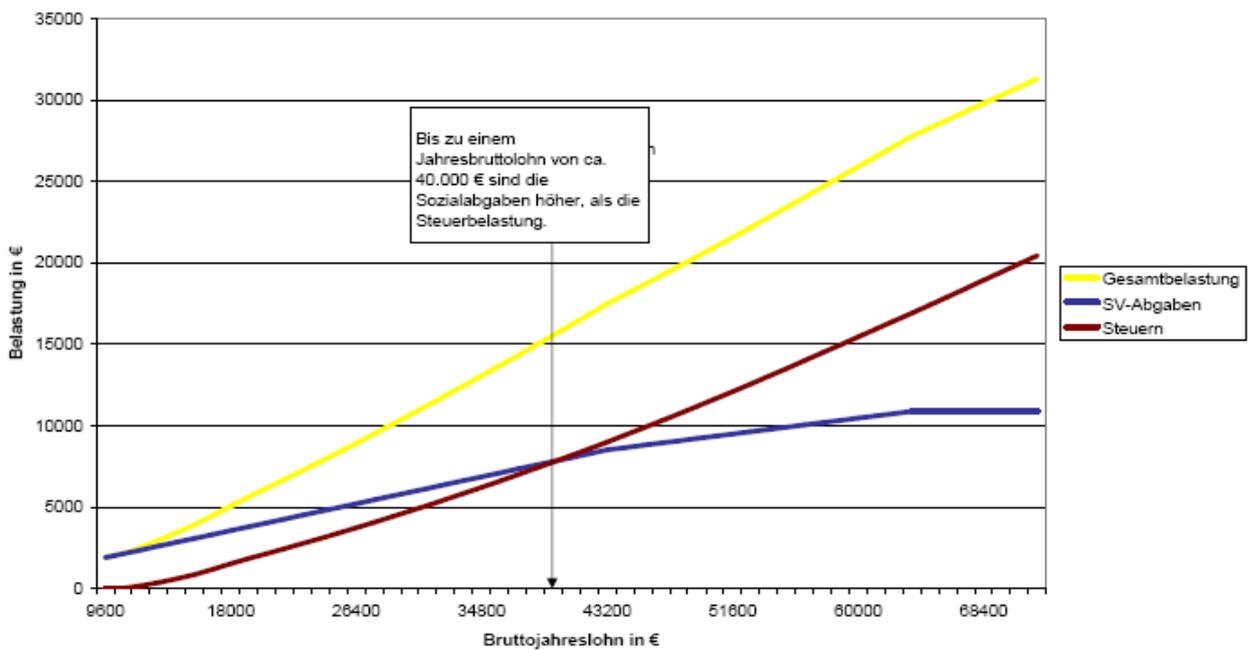


Referat I A 5

16. Mai 2008

Grafik 3

Belastung mit Steuern und Sozialabgaben bei Alleinstehenden (Stkl. I/0) in 2008



Steuer- und Sozialabgabenbelastung eines Arbeitnehmer- Ehepaars, ein Verdiener, Steuerklasse II in 2008

Jahresbrutto	Gesamt SV- Abgaben	Gesamt Steuern	Belastung durch SV- Abgaben (in %)	Belastung durch Steuern (in %)
10.000	1.970,00	0,00	19,70	0,00
15.000	2.955,00	0,00	19,70	0,00
20.000	3.940,00	0,00	19,70	0,00
25.000	4.925,00	628,00	19,70	2,51
30.000	5.910,00	1.634,00	19,70	5,45
35.000	6.895,00	3.114,36	19,70	8,90
40.000	7.880,00	4.530,17	19,70	11,33
45.000	8.719,20	5.891,12	19,38	13,09
50.000	9.299,20	7.306,93	18,60	14,61
55.000	9.897,20	8.781,82	17,99	15,97
60.000	10.459,20	10.311,57	17,43	17,19
65.000	10.876,80	11.913,06	16,73	18,33
70.000	10.876,80	13.611,61	15,54	19,45
75.000	10.876,80	15.371,35	14,50	20,50
80.000	10.876,80	17.190,17	13,60	21,49
85.000	10.876,80	19.070,18	12,80	22,44
90.000	10.876,80	21.009,27	12,09	23,34
95.000	10.876,80	23.011,66	11,45	24,22
100.000	10.876,80	25.071,02	10,88	25,07

Steuer- und Sozialabgabenbelastung von Arbeitnehmern in 2008, alleinstehend, Steuerklasse I; verheiratet,
Steuerklasse IV

Jahresbrutto	Gesamt SV- Abgaben	Gesamt Steuern	Belastung durch SV- Abgaben (in %)	Belastung durch Steuern (in %)
10.000	1.970,00	0,00	19,70	0,00
15.000	2.955,00	714,00	19,70	4,76
20.000	3.940,00	2.027,00	19,70	10,14
25.000	4.925,00	3.334,00	19,70	13,34
30.000	5.910,00	4.747,00	19,70	15,82
35.000	6.895,00	6.268,00	19,70	17,91
40.000	7.880,00	7.895,00	19,70	19,74
45.000	8.719,20	9.631,00	19,38	21,40
50.000	9.299,20	11.473,00	18,60	22,95
55.000	9.897,20	13.422,00	17,99	24,40
60.000	10.459,20	15.451,00	17,43	25,75
65.000	10.876,80	17.503,00	16,73	26,93
70.000	10.876,80	19.603,00	15,54	28,00
75.000	10.876,80	21.703,00	14,50	28,94
80.000	10.876,80	23.803,00	13,60	29,75
85.000	10.876,80	25.903,00	12,80	30,47
90.000	10.876,80	28.003,00	12,09	31,11
95.000	10.876,80	30.103,00	11,45	31,69
100.000	10.876,80	32.203,00	10,88	32,20

**Belastung der Durchschnittseinkommen von Verheirateten (2 Kinder) mit Abgaben und Steuern
in den letzten 10 Jahren
- Prozent des Bruttojahresverdienstes -**

